

**Beschluss (vorläufig)** Kapitel 1: Erhalten, was uns erhält: unsere natürlichen Lebensgrundlagen schützen

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz  
Beschlussdatum: 09.11.2018  
Tagesordnungspunkt: EP-U Europawahlprogramm (Kapitel 1)

- 1 Ein Europa ohne Kohle, Atomkraft und sonstige fossile Energien ist möglich. Wir wollen
- 2 die
- 3 Europäische Union zum weltweiten Vorreiter für Klimaschutz, erneuerbare Energien
- 4 und
- 5 Energieeffizienz machen. Unser Kontinent hat gerade hier noch enorme Potenziale, die
- 6 bislang
- 7 weitgehend brachliegen. Durch saubere Energiequellen kann eine weitgehende
- 8 Energie-
- 9 Unabhängigkeit erreicht, können Klima und Umwelt geschützt und nachhaltige Jobs
- 10 geschaffen
- 11 werden. Das ist unser Ziel. Die gute Nachricht: Alle Lösungen dafür stehen bereit, sie
- 12 müssen nur angepackt werden!
- 13 Die Klimakrise ist eine der größten Herausforderungen unserer Generation. Versagen
- 14 wir bei
- 15 der Eindämmung der Krise, haben wir als politische Generation versagt. Mit
- 16 Klimaschutz
- 17 schützen wir nicht nur (und noch nicht einmal in erster Linie) Arten und Natur. Wir
- 18 schützen
- 19 unsere Lebensgrundlagen, aber auch die liberale Demokratie, ein Gemeinwesen, das
- 20 in der Lage
- 21 ist, wertebasierte Politik zu machen. Und wir schützen die ökonomische Basis, auf der
- 22 wir
- 23 unsere Politik aufbauen. Wir leben bereits in einer Welt, die sich um ein Grad erwärmt
- 24 hat.
- 1 Diese Veränderung birgt schon heute erhebliche Risiken auf unser Zusammenleben
- 2 und unsere
- 3 Freiheit. Eine Erderhitzung, die nicht unter 1,5 Grad liegt, wird unkontrollierbare Folgen
- 4 haben. Und sie trifft zuerst jene, die die Klimakrise nicht verursacht haben und sich am
- 5 wenigsten vor den Auswirkungen schützen können: Menschen, besonders Frauen, in
- 6 den Ländern
- 7 des globalen Südens. Deshalb streiten wir - an der Seite einer globalen Bewegung - für
- 8 Klimagerechtigkeit. Viele werden ihr Zuhause verlassen müssen und sich als
- 9 Klimaflüchtlinge
- 10 auf den Weg machen. Die weltweiten Migrationsbewegungen werden zunehmen.
- 11 Selbst die Weltbank
- 12 rechnet mit 140 Millionen Klimaflüchtlingen bis 2050. Es wird zu Kriegen um Wasser,
- 13 fruchtbare Böden oder sichere Stätten kommen. Wir werden uns der Verantwortung so
- 14 oder so
- 15 nicht entziehen können. Doch die Zeit läuft uns davon. Hitzerekorde, Dürren,
- 16 Überschwemmungen und starke Stürme liefern fast täglich neue

Schreckensmeldungen. Der  
25 vergangene Sommer hat auf eindringliche Weise gezeigt, dass die Klimakrise längst  
auch bei  
26 uns in Europa Realität ist. Es ist höchste Zeit, dass die EU ihre Klimapolitik endlich an  
27 den Zielen des Pariser Klimaabkommens ausrichtet.

28 Die Europäische Union muss zu einer Union des Klimaschutzes werden. Das heißt nicht  
nur,  
29 dass sie eine andere Energie-, Wirtschafts- und Landwirtschaftspolitik betreibt,  
sondern  
30 dass sie die ökologischen Fragen auch ins Zentrum ihrer Außen-, Sicherheits- und  
31 Friedenspolitik stellt. Wie wir unseren Energiehunger stillen, wird maßgeblich die  
32 Leitlinien der Außenpolitik bestimmen. Ob wir schmutzige Deals mit Diktatoren um Öl,  
Gas und  
33 Kohle eingehen oder eine demokratische Energieinfrastruktur auf Basis der  
Erneuerbaren  
34 aufbauen, macht einen Unterschied. Die EU-Energieaußenpolitik muss auf  
Nachhaltigkeit und  
35 einen Dialog auf Augenhöhe im Interesse der betroffenen Staaten setzen. Zu einer  
solchen,  
36 gemeinsamen EU-Außenpolitik ist daher eine starke, auf Erneuerbarer Energien  
basierende  
37 Energieunion notwendig.

38 Eine Handels- und Landwirtschaftspolitik, die unseren Reichtum auf Kosten Dritter  
39 erwirtschaftet, oder stattdessen faire Partnerschaften, die einen gedrosselten  
40 Ressourcenverbrauch bei uns bedeuten, machen einen Unterschied. Fischen wir die  
Meere leer  
41 oder sorgen wir für halbwegs intakte Meeresökologie? Exportieren wir unseren Müll ins  
42 Ausland oder verzichten wir auf Wegwerfplastik? Mit welchen Wohlstandsindikatoren  
wollen wir  
43 am Gemeinwohl orientiertes Wirtschaften stärken?

44 Viele Menschen sind weiter als die Politik: zum Beispiel diejenigen, die sich an  
45 Bürgerenergieprojekten beteiligen, auf ökologisch erzeugte Lebensmittel setzen, die in  
46 Nachhaltigkeit und grüne Infrastruktur investieren. Viele europäische Städte tüfteln  
schon  
47 lange an einer autofreien Zukunft. Aber auch innovative Unternehmen,  
Ingenieur\*innen,  
48 Wissenschaftler\*innen und viele mehr haben sich auf den Weg gemacht. Mit ihnen  
allen  
49 verbünden wir uns. Und packen an. Für ein Europa, das ohne Kohle- und Atomstrom  
auskommt,  
50 eine Agrarpolitik betreibt, die auf ökologischen Kriterien basiert, Tiere schützt und  
51 Landwirten eine Perspektive gibt, ein Europa, das mit einer Plastikabgabe  
plastikmüllfrei  
52 wird und unsere Meere schützt.

53 Schadstoffbelastete Böden und Gewässer, weniger Summen und Brummen in der Luft  
- das sind  
54 Anzeichen einer kranken, ausgelaugten und überstrapazierten Natur, die auf den

## Menschen

55 zurückgehen. Und Anzeichen dafür, dass wir Grenzen überschreiten. Diesen  
Herausforderungen  
56 müssen wir uns stellen. In einem gemeinsamen Europa können wir mit weniger  
Dünger, weniger  
57 Pestiziden und einem Verbot von Glyphosat Tieren und Pflanzen wieder mehr  
Lebensraum geben.  
58 Mit einer Wasserrahmenrichtlinie, die wir konkretisieren und konsequent umsetzen,  
verbessern  
59 wir die Qualität von Flüssen und Seen. Und mit europäischen Korridoren für Biotope  
und mehr  
60 Wildnisflächen erhalten wir wichtige Lebensgrundlagen. Wir wollen ein gemeinsames  
Europa,  
61 das seine Umwelt und Natur schützt.

62 Bei der sauberen Mobilität, bei den erneuerbaren Energien oder auch beim Divestment  
hinkt  
63 Europa hinterher. Wir wollen grüne Anleihen europaweit stärken und eine Richtlinie für  
64 ökologische Transparenz am Finanzmarkt schaffen. Für den Verkehr der Zukunft wollen  
wir eine  
65 europäische Batteriezellenproduktion aufbauen, die sparsam mit den notwendigen  
Ressourcen  
66 umgeht. Damit sorgen wir für mehr klimafreundliche Mobilität und halten zugleich die  
67 Wertschöpfung in Europa. Digitale Technologien wollen wir stärker für vernetzte  
Mobilität  
68 einsetzen. Zudem knüpfen wir ein europaweites Schienennetz und verlagern Güter  
von der  
69 Straße auf die Gleise. Mit einem dynamisch ansteigenden CO<sub>2</sub>-Mindestpreis sorgen wir  
für  
70 wirksamen Klimaschutz. Und für mehr Erneuerbare und größere Versorgungssicherheit  
schaffen  
71 wir einen gesamteuropäischen Stromverbund und ein intelligentes Stromnetz. Das  
alles geht  
72 nur gemeinsam. In einem gemeinsamen Europa.

## 73 **1.1 Klimaschutz fördern, für ein Europa der Erneuerbaren Energien, raus aus** 74 **Kohle- und** 75 **Atomkraft**

75 Die Europäische Union ist reich an sauberen Energiequellen. Die Erneuerbaren haben  
weltweit  
76 10,3 Millionen Arbeitsplätze geschaffen, davon mehr als 1,1 Millionen in der EU und  
über  
77 300.000 in Deutschland. Investitionen in Erneuerbare und in Energieeffizienz sind  
78 mittlerweile der kostengünstigste Weg für eine nachhaltige Energieversorgung und der  
Garant  
79 für eine zukunftsfähige Ausrichtung der Wirtschaft. Es darf nicht sein, dass Europa  
durch  
80 die rückwärtsgewandte Klimapolitik der Bundesregierung und der Europäischen Union  
bei dieser  
81 rasanten Entwicklung den Anschluss verliert. In China und den USA wird mittlerweile

deutlich  
82 mehr in Erneuerbare investiert als in der EU.

83 Wir wollen das ändern! Wir wollen eine zu 100 % erneuerbare und energieeffiziente  
84 Europäische Union als Treiber für die internationale Energiewende. Dafür muss das  
85 europäische Klimaschutzziel, das sich keineswegs auf dem Pfad der Pariser Klimaziele  
bewegt,  
86 ambitionierter und verbindlich werden. Bis 2030 müssen 45 % von Europas Energie,  
die wir  
87 beim Strom, der Wärme und bei der Mobilität verbrauchen, erneuerbar sein, und bis  
2050  
88 müssen es 100 % sein. Nur so kann Europa seinen Beitrag leisten, um die Klimakrise  
89 einzudämmen und die globale Erhitzung auf deutlich unter 2, möglichst 1,5 Grad zu  
begrenzen.  
90 Die CO<sub>2</sub>-Emissionen müssen zudem bis 2030 um mindestens 55 % gegenüber 1990  
gesenkt werden.  
91 Bei der Energieeffizienz braucht es eine Verbesserung um 40 % im Vergleich zum Jahr  
1990, um  
92 ein maximal technisch mögliches Niveau der Energieeffizienz für 2050 zu erreichen.  
Diese  
93 Ziele müssen wir kontinuierlich überwachen und falls nötig anpassen. Wenn der  
Klimawandel  
94 sich beschleunigt, ist es notwendig, schneller voranzukommen.

95 Die Verbrennung von Kohle ist die klimaschädlichste Form der Stromerzeugung.  
Darüber hinaus  
96 schafft Kohleverbrennung gesundheitliche Probleme. Dabei gibt es längst Alternativen:  
97 Erneuerbare Energien sind sauberer, sicherer, effizienter und mittlerweile auch billiger.

98 Länder wie Frankreich, Dänemark, Schweden, Österreich, die Niederlande oder Italien  
haben  
99 sich der globalen Allianz für den Kohleausstieg (Powering Past Coal Alliance)  
angeschlossen,  
100 die sich für einen Kohleausstieg bis spätestens 2030 ausspricht. Diesen Vorreitern  
muss sich  
101 die Europäische Union inklusive Deutschland anschließen, statt an der  
klimaschädlichen Kohle  
102 festzuhalten.

103 Der Export von dreckigem deutschem Kohlestrom untergräbt in Europa den Ausbau  
der  
104 Erneuerbaren. Kohlekraft schadet nicht nur dem Klima, sondern setzt auch hochgiftige  
105 Schadstoffe frei. Die hohen Folgekosten für die Verbrennung von Kohle in Europa  
dürfen nicht  
106 weiter zu Lasten der Allgemeinheit gehen, die die Kosten und Risiken dafür trägt. Die  
107 Stromversorgung wird im Zuge der Abschaltung der unflexiblen, ineffizienten Kohle-  
und  
108 Atomkraftwerke durch den Zubau erneuerbarer Energien sowie von hocheffizienten  
109 Kraftwärmekopplungsanlagen sichergestellt, die zunehmend nur noch mit  
erneuerbaren Energien  
110 betrieben werden. Ob CO<sub>2</sub>, Quecksilber, Feinstaub oder Stickoxide: überall sind

111 Kohlekraftwerke als Hauptverursacher dabei. Deshalb müssen wir jetzt beginnen,  
112 Kohlekraftwerke abzuschalten. Daran muss sich Politik messen lassen. Wir brauchen  
nicht nur  
113 in Deutschland, sondern auch in Europa einen vollständigen Kohleausstieg.

114 Die hochgefährliche Atomkraft, deren Kosten und Risiken auf viele zukünftige  
Generationen  
115 abgewälzt werden, bekämpfen wir europaweit. Der dringend notwendige  
Kohleausstieg darf nicht  
116 dazu führen, dass Kohle durch Atom ersetzt wird. Die Atombranche etwa in Frankreich  
setzt  
117 auf eine Renaissance der französischen Atomkraft. Die dort diskutierte  
Laufzeitverlängerung  
118 von Atomkraftwerken lehnen wir ab. Es ist völlig unverantwortlich, dass  
Atomkraftwerke, die  
119 für eine Laufzeit von maximal 40 Jahren konzipiert wurden, nun trotz zunehmender  
Störfälle  
120 60 Jahre am Netz bleiben sollen. Auch Belgien macht keine Anstalten, seine  
Schrottreaktoren  
121 vorzeitig stillzulegen. Die Laufzeiten für Atomkraftwerke sind auf ein absolutes  
Maximum von  
122 40 Jahren zu begrenzen. Risiko-AKW's wie die französischen Reaktoren Cattenom und  
Fessenheim,  
123 das belgische Tihange oder das tschechische Temelín sind sofort abzuschalten. Der  
Betrieb  
124 dieser Schrottmeiler birgt unbeherrschbare Risiken für alle Europäer\*innen. Darüber  
hinaus  
125 fordern wir ein neues Regelwerk auf europäischer Ebene, das es Bürger\*innen und  
126 Anrainerstaaten ermöglicht, Einfluss auf die Sicherheitsanforderungen für grenznahe  
127 Atomkraftwerke nehmen zu können. Die Atomtransporte in Europa müssen  
systematischer erfasst,  
128 transparenter gemacht und auf ein Minimum beschränkt werden.

129 Nur durch milliardenschwere staatliche Beihilfen rechnet sich der Bau von  
Atomkraftwerken in  
130 Europa überhaupt noch - und dient beispielsweise in Großbritannien indirekt auch den  
131 Atomwaffenprogrammen. Diese Subventionen sind möglich, weil immer noch auf  
Grundlage des  
132 längst überholten Euratom-Vertrags entschieden wird. Diese indirekten und direkten  
133 Subventionen müssen beendet werden. Alle Passagen dieses Vertrages, die  
Investitionen,  
134 Forschungsförderung und Genehmigungsprivilegien im Bereich der Atomkraft  
begünstigen und  
135 AKW-Projekten gegenüber anderen Energieträgern einen wettbewerbsverzerrenden  
Vorteil  
136 verschaffen, müssen gestrichen werden. Der AKW-Rückbau und die Entsorgung von  
Atom Müll  
137 mitsamt transparenter Beteiligung und Mitwirkung der Bevölkerung bei der  
Endlagersuche  
138 sollen zur Kernaufgabe von Euratom werden. Zudem müssen die EU-weit geltenden  
einheitlichen  
139 Sicherheitsstandards wesentlich strenger werden. Ebenso verlangt die unterirdische

140 Endlagerung hohe, einheitliche Mindestanforderungen. Darüber hinaus ist ein neues  
141 einheitliches europäisches Haftungsregime mit deutlich höheren Anforderungen und  
einer  
142 Einbeziehung grenzüberschreitender Auswirkungen notwendig; Bei den  
Entscheidungen zu Euratom  
143 wollen wir in Zukunft ein klares demokratisches Mitspracherecht durch das  
Europäische  
144 Parlament. Um das Ziel von 100% erneuerbarer Energie in Europa für 2050 erreichen,  
muss die  
145 Förderung von Photovoltaik, Windenergie, Biomasse und anderen regenerative  
Stromquellen auch  
146 auf europäischer Ebene noch stärker vorangetrieben werden. Damit die Energiewende  
europaweit  
147 gelingt, braucht es eine Erneuerbare-Energien-Union. Den Energie-Charta-Vertrag, der  
148 Konzernen Sonderklagerechte einräumt und damit den Europäischen Gerichtshof in  
Luxemburg  
149 aushebelt, wollen wir hingegen kündigen.

150 Klimabedingte Migration und Flucht würdevoll gestalten – Klimapass für  
Bewohner\*innen von  
151 bedrohten Inselstaaten

152 Für Millionen von Menschen weltweit ist die Klimakrise längst kein theoretisches  
Phänomen  
153 mehr. Neben einer grundlegenden Kehrtwende in der eigenen Klimapolitik ist es  
deshalb  
154 Aufgabe der EU, die betroffenen Länder technisch und finanziell bei der Anpassung an  
die  
155 Klimakrise und bei der Bewältigung ihrer Folgen zu unterstützen. Dennoch werden  
Menschen  
156 gezwungen sein, ihre Heimat zu verlassen. Wir wollen, dass die EU dazu beiträgt,  
diesen  
157 Menschen eine würdevolle und selbstbestimmte Migration zu ermöglichen – innerhalb  
ihres  
158 Landes, in ihrer Region, gegebenenfalls auch nach Europa. Historisch betrachtet sind  
die  
159 westlichen Industriestaaten die Hauptverursacher klimaschädigender Treibhausgase.  
Daher soll  
160 die EU zusammen mit anderen Industriestaaten vorgehen und im Rahmen einer  
gemeinsamen  
161 Regelung den Bewohner\*innen von bedrohten Inselstaaten, die durch die Klimakrise  
unbewohnbar  
162 werden, Klimapässe anbieten. Diese sollen zusätzlich und nicht alternativ zu  
bestehenden  
163 Initiativen und Forderungen der Inselstaaten etabliert werden. Auch andere Staaten  
mit  
164 historisch oder gegenwärtig hohen Treibhausgasemissionen sollen als Partner für diese  
gerechte Klimafolgenanpassung gewonnen werden. Zugleich sollte die EU Prozesse  
unterstützen,  
165 in denen mit betroffenen Staaten über völkerrechtliche Ansätze zum Umgang mit  
klimabedingter

- 167 Migration, Flucht und Vertreibung, sowie zum Zugang zu internationalem Schutz  
beraten wird.
- 168 CO<sub>2</sub> einen Preis geben und den Menschen das Geld
- 169 Treibhausgase müssen einen Preis entsprechend ihrer Klimawirksamkeit bekommen.  
Dieser Preis
- 170 besteht nach unseren Vorstellungen aus zwei Komponenten: Für alle Anlagen, die dem  
171 Emissionshandel unterliegen – das sind vor allem Industrieanlagen sowie Kohle- und  
172 Gaskraftwerke –, muss es einen deutlich steigenden Mindestpreis für CO<sub>2</sub>-Emissionen  
geben,  
173 denn Unternehmen brauchen Planungssicherheit, um nachhaltige  
Investitionsentscheidungen zu  
174 treffen. Die letzte Reform des Emissionshandels war viel zu zaghaft, zusätzlich muss  
die  
175 Anzahl der Zertifikate im Emissionshandel entsprechend des Pariser Klimaziels weiter  
176 reduziert werden. Nur so entfaltet der CO<sub>2</sub>-Preis eine echte Lenkungswirkung.
- Deutschland
- 177 soll zunächst mit einigen EU-Staaten die Initiative ergreifen und in einer regionalen  
178 Staatengruppe einen gemeinsamen CO<sub>2</sub>-Mindestpreis einführen; die Niederlande und  
Frankreich
- 179 haben ihre Absicht dazu schon erklärt. Perspektivisch wollen wir eine  
gesamteuropäische
- 180 Lösung vorantreiben.
- 181 Für die Sektoren, die bislang nicht vom Emissionshandel erfasst werden, benötigen wir  
eine
- 182 grundlegende Änderung der Abgaben. Fossile Treib- und Wärmebrennstoffe müssen  
entsprechend
- 183 für ihren jeweils spezifischen CO<sub>2</sub>-Ausstoß den wahren Preis kosten.
- 184 Zeitnah wollen wir dafür sorgen, dass Produkte und nicht deren Produktion dem  
europäischen
- 185 CO<sub>2</sub>-Mindestpreissystem unterliegen. So würden wir in Deutschland und Europa  
zukünftig die
- 186 Entstehung von CO<sub>2</sub> und nicht die Herstellung der Produkte verteuern. Dadurch  
verhindern wir,
- 187 dass der hohe CO<sub>2</sub>-Preis die Produktion und damit den CO<sub>2</sub>-Ausstoß in Länder  
verlagert, in
- 188 denen es keinen vergleichbar hohen Preis für CO<sub>2</sub> gibt. Den dafür notwendigen  
Grenzausgleich
- 189 („border carbon adjustment“) wollen wir WTO konform gestalten. Perspektivisch  
wollen wir
- 190 weitere umweltschädliche Effekte analog zur CO<sub>2</sub>-Besteuerung in eine umfassende  
191 Verschmutzungs- und Ressourcenbesteuerung aufnehmen.
- 192 Da Steuern und Abgaben auf Verbrauch immer sozial schwächere Haushalte stärker  
belasten als
- 193 reichere, wollen wir die zusätzlichen Einnahmen aus der CO<sub>2</sub>-Besteuerung an die  
194 Verbraucher\*innen zurückgeben. Unser Ziel ist die Schaffung eines Energiegeldes als  
Pro-

- 195 Kopf-Zahlung an die Menschen in Europa. Solange dies nicht europäisch umsetzbar ist,  
werden  
196 wir uns auf nationaler Ebene dafür einsetzen.
- 197 Wir wollen Energiearmut bekämpfen, indem europaweit Sozialtarife geschaffen  
werden,  
198 betroffene Haushalte eine kostenfreie und unabhängige Energieberatungen erhalten  
und die  
199 eigene Energieerzeugung und -einsparung gefördert wird.
- 200 Beschäftigte beim Strukturwandel in Kohlerevieren unterstützen
- 201 Der Kohleausstieg wird dazu führen, dass einerseits Arbeitsplätze verloren gehen und  
202 andererseits in neuen Zukunftsbranchen deutlich mehr Arbeitsplätze entstehen.  
Dennoch nehmen  
203 wir die Sorgen und Ängste der Betroffenen ernst und lassen die Menschen nicht im  
Stich. Bei  
204 diesem Strukturwandel müssen wir die Beschäftigten und die Regionen unterstützen,  
damit sie  
205 eine Perspektive haben. Mit den Mitteln der EU-Strukturfonds sollen  
„Kohleausstiegsregionen“  
206 speziell gefördert werden. Neue regionale Wirtschaftsschwerpunkte werden aufgebaut  
und  
207 passgenaue Weiterbildung wird angeboten. Wir werden dafür ein Recht auf  
Weiterbildung und  
208 lebenslanges Lernen in ganz Europa verankern. Das hilft nicht nur den vom  
Strukturwandel  
209 Betroffenen, sondern ist auch ein Mittel gegen Fachkräftemangel. Die Sozialpartner  
sollen  
210 ihre spezifischen Kompetenzen aktiv in den Prozess des Strukturwandels einbringen  
können.
- 211 Europas Energie vernetzen
- 212 Selbst wenn Energiepolitik innerhalb der EU heute immer noch vor allem in der  
nationalen  
213 Kompetenz liegt, sind die Mitgliedsländer durch den gemeinsamen Strommarkt eng  
miteinander  
214 verbunden. Europa muss sich energiepolitisch weitgehend unabhängig machen. Wir  
brauchen  
215 nicht mehr Erdgas, sondern mehr Erneuerbare und höhere Energieeffizienz. Die  
Weichen dafür  
216 stellen wir, indem wir die Energiewende im Wärmesektor vorantreiben und dafür  
sorgen, dass  
217 Gebäude in Europa energieeffizient werden und erneuerbare Energien nutzen. Das  
Projekt Nord  
218 Stream 2 lehnen wir daher ebenso ab wie neue Pipelineprojekte, Frackingvorhaben  
und den  
219 Import von gefracktem Gas. Doch auch der Bau von LNG-Terminals ist keine  
Alternative für die  
220 Dekarbonisierung der europäischen Energieversorgung. Die starke Abhängigkeit  
Europas von  
221 klimaschädlichen Energieimporten muss in einer gemeinsamen europäischen



- Anstrengung  
222 überwunden werden.
- 223 Europa muss zusammenwachsen, auch im Strombereich. Mit einem  
gesamteuropäischen Stromverbund  
224 stärken wir die Versorgungssicherheit, indem Angebot und Nachfrage auf eine breitere  
Basis  
225 gestellt werden. Damit schaffen wir ein gemeinsames Netz für ganz Europa und  
verbinden  
226 Lissabon mit Helsinki. Wir beugen auch Lieferengpässen vor und sorgen für mehr  
227 Unabhängigkeit.
- 228 Für Europa brauchen wir dazu ein intelligentes Stromnetz, das sowohl die  
erneuerbaren  
229 Energien dezentral verknüpft und überregional verbindet als auch über flexibel  
steuerbaren  
230 Stromverbrauch clever das zunehmend erneuerbare Stromangebot vernetzt.
- 231 Nötig sind europäische Strom- und Gasnetze, die der Energiewende dienen und helfen,  
die  
232 natürlichen Schwankungen der Erneuerbaren auszugleichen. Dieses Prinzip muss  
Leitschnur für  
233 die Auswahl der transeuropäischen Netzbauprojekte sein. Wir wollen die  
Erzeugungspotenziale  
234 in Europa vernetzen und dabei Maß und Mitte halten zwischen zentralen und  
dezentralen  
235 Strukturen. Auch die zukünftig erforderliche Speicherstruktur muss europäisch gedacht  
und  
236 geplant werden. Um mehr Speicherkapazitäten zu schaffen, setzen wir uns für ein  
237 Markteinführungsprogramm für Energiespeicher ein.
- 238 Risikotechnologien wie die CO<sub>2</sub>-Abscheidung und -Speicherung (CCS), also die  
Einlagerung von  
239 CO<sub>2</sub> in unterirdische Lagerstätten, und die Förderung von Erdgas und Erdöl durch  
Fracking  
240 lehnen wir wegen der unabsehbaren Gefahren für Gesundheit, Trinkwasser und  
Umwelt ab.
- 241 Angesichts der Größe der Herausforderungen ist es aber unerlässlich, dass wir die  
242 verschiedenen Ansätze für negative Emissionen und ihre Einsatzpotenziale und Risiken  
243 gründlich erforschen. Großmaßstäbliche Hochrisikotechnologien, die auf unabsehbare  
Weise in  
244 Atmosphäre und Ökosysteme eingreifen, lehnen wir ab. Stattdessen müssen diese  
enormen Gelder  
245 in Technologien zur Einsparung von Treibhausgasen investiert werden. Dazu gehören  
zum  
246 Beispiel das Aufforsten von Wäldern sowie das Pflanzen von Bäumen, denn Bäume  
speichern CO<sub>2</sub>,  
247 produzieren Sauerstoff und sind daher eine wichtige Klimaschutzmaßnahme. Hierfür  
schlagen  
248 wir ein EU-Förderprogramm vor.
- 249 Union für Energie- und Ressourceneffizienz

250 Wir wollen Investitionen in Erneuerbare, Energie- und Ressourceneffizienz fördern, die  
251 Arbeitsplätze schaffen und die Kosten für die Verbraucher\*innen reduzieren. Diese  
252 Investitionen in der Industrie werden ausgelöst durch planbar steigende Preise für  
CO<sub>2</sub>-  
253 Emissionen. Je mehr Energie eingespart wird, desto günstiger wird Klimaschutz.  
Schlüssel für  
254 weniger Energieverbrauch sind die Bereiche Planen, Bauen und Wohnen, der Umstieg  
auf eine  
255 energieeffiziente Elektromobilität, Digitalisierung, effiziente Produktion und  
256 energiesparende Produkte mit einer langen Lebensdauer. Wir wollen den Umstieg  
privater  
257 Verbraucher\*innen auf Geräte mit geringerem Energieverbrauch fördern sowie kleinen  
258 Unternehmen eine günstigere Grundversorgung mit Strom und Wärme ermöglichen.  
Die vom EU-  
259 Parlament und Rat geschaffene Ökodesign-Richtlinie legt für verschiedene  
Produktgruppen  
260 ökologische Mindeststandards fest. Das ist richtig, reicht aber lange noch nicht aus.  
Wir  
261 wollen für weitere Produkte ökologische Mindeststandards festlegen. So können wir  
262 ökologische Innovationen, beispielsweise im Bereich Verkehr, fördern.

263 Wir möchten, dass jedes neue Gebäude in Europa energieeffizient ist und erneuerbare  
Energien  
264 selbst erzeugt - zum Beispiel in Form von Solarstrom, Solarwärme, Erdwärme oder  
einer  
265 Kombination daraus und erneuerbare Energien direkt oder über Wärmenetze nutzt. Bei  
Neubauten  
266 der öffentlichen Hand wie beispielsweise Schulen, Turnhallen, Verwaltungsgebäuden  
und  
267 Schwimmbädern soll dies zur Pflicht werden. Die Begrünung von nicht zur  
Solarenergienutzung  
268 geeigneten Dachflächen trägt zu einem gesunden Stadtklima bei.

269 Nachhaltigen Konsum ermöglichen

270 Um die Klimaziele zu erreichen, soll es leichter werden, nachhaltig zu leben. Von  
Flugreisen  
271 bis zu Tierprodukten geht der überdurchschnittliche Konsum im westlichen Europa zu  
Lasten  
272 des globalen Südens und zukünftiger Generationen. Wir wollen Anreize setzen,  
weniger zu  
273 verbrauchen und zu konsumieren. Dafür wollen wir die Lebensdauer und  
Gewährleistungsfristen  
274 von Gütern erhöhen, den Flächenverbrauch in Europa stoppen, pflanzliche Ernährung  
fördern.  
275 Statt weiter wachsendem Flugverkehr wollen wir die Mobilität auf der Schiene stärken.

276 Initiativen zum Ausbau der Kreislaufwirtschaft und der Sharing Economy unterstützen  
wir.

277 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 278 • einen europaweiten Ausstieg aus Kohle-, Atomstrom und weiteren fossilen  
279 Energieträgern  
sowie einen deutlich schnelleren Ausbau der erneuerbaren Energien,
- 280 • ein Programm, das Arbeitnehmer\*innen in Kohleausstiegsregionen unterstützt
- 281 • Investitionen in intelligente Stromnetze für erneuerbare Energien, einen  
282 transeuropäischen Netzausbau und in Energiespeicher.
- 283 • einen wirksamen Preis für CO<sub>2</sub>,
- 284 • einen Aktionsplan für klimaschonende Wärmeversorgung ,

285 **1.2 Europa verbinden mit grüner Mobilität**

286 Europa lebt vom grenzüberschreitenden Austausch. Reisen, leben, lieben und arbeiten  
jenseits  
287 nationaler Grenzen ist selbstverständlich geworden. Europa braucht ein  
Verkehrssystem, das  
288 den Anforderungen des 21. Jahrhunderts gerecht wird. Ein System, das unsere  
Lebensqualität  
289 steigert. Steigende CO<sub>2</sub>-Emissionen verschärfen die Klimakrise, Stickoxide sowie  
Feinstaub  
290 und Ultrafeinstaub schädigen massiv die Gesundheit, und Staus auf zahlreichen  
Straßen rauben  
291 uns die Zeit. Gleichzeitig fehlt in ländlichen Regionen ein flächendeckender  
Nahverkehr,  
292 sind Züge unzuverlässig und Radwege oftmals in schlechtem Zustand. Das wollen wir  
ändern.  
293 Wir möchten in Europa eine Mobilität, die klimaneutral, kostengünstig und für alle  
nutzbar  
294 ist und Umwelt und Gesundheit schützt. Europa muss das Zukunftsprojekt Mobilität  
gestalten.  
295 Wir sind überzeugt, dass eine sozial und ökologisch verträgliche Mobilität mit  
modernsten  
296 technischen Möglichkeiten realisierbar ist. Das bedeutet: mehr für Fuß- und  
Radverkehr,  
297 weniger, aber dafür saubere und leise Autos, bessere Zug- und ÖPNV-Angebote,  
weniger  
298 Kurzstreckenflüge und eine bessere Vernetzung unterschiedlicher Verkehrsträger in  
der Stadt  
299 und auf dem Land. Der Straßenverkehr muss sicherer werden, wir treiben dafür die  
Entwicklung  
300 und den Einsatz von Assistenzsystemen für PKW und LKW voran, die beispielsweise  
301 Gefahrensituationen mit Fahrradfahrenden erkennen, warnen und etwa abbremsten.  
Mittelfristig  
302 wollen wir autofreie Innenstädte schaffen. An der Lösung des Ultrafeinstaub-Problems  
im  
303 Umfeld der Flughäfen muss intensiv gearbeitet werden.

304 Europa braucht einen Paradigmenwechsel bei den Investitionen in Straßen: Statt  
305 Milliarden in  
306 den Neubau zu stecken, muss die bröckelnde öffentliche Infrastruktur dringend saniert  
307 werden. Damit der Verkehrssektor jetzt seinen Beitrag zum Klimaschutz leistet fordern  
308 wir  
309 die Einführung eines CO<sub>2</sub>-Preises auf alle fossilen Treibstoffe, damit aktuell saubere  
310 Antriebe im Verhältnis günstiger werden. Auch die Produktion von Palmölkraftstoffen  
311 führt  
312 durch die Rodung des Regenwaldes zu erheblichen Mengen CO<sub>2</sub>. Die Beimischung  
313 dieser Stoffe  
314 wollen wir beenden.

315 Einer der Hauptverursacher für Lärm ist der Verkehr, entsprechend gesundheitlich  
316 belastet  
317 sind Anwohner\*innen von lauten Straßen. Wir setzen uns für leise Mobilität ein und  
318 treten  
319 für strengere Grenzwerte ein. Der Lärm aus absichtlich laut gestalteten Motorrädern  
320 und  
321 Autos schwillt immer weiter an. Wir wollen die Normtests für Fahrzeuglärm der Realität  
322 anpassen. Die EU-Lärmgrenzwerte sind in allen Betriebszuständen und allen  
323 Frequenzen  
324 einzuhalten.

325 Auch den Fahrradverkehr und die Nutzung elektrisch unterstützter Pedelec-Fahrräder  
326 wollen  
327 wir intensivieren und die Pedelecs versicherungsrechtlich mit Fahrrädern gleichgestellt  
328 lassen. Die mittlerweile 15 europäischen Fernradwege, die Euro-Velo-Routen, wollen  
329 wir  
330 ausbauen, um den grenzüberschreitenden Fahrradverkehr zu fördern.

331 Ein europäisches Schienennetz knüpfen

332 Um die grüne europäische Mobilität zu fördern, muss Europa auf der Schiene noch  
333 mehr  
334 zusammenwachsen. Anstatt vorrangig milliardenschwere Großprojekte, wie Stuttgart  
335 21, mit  
336 wenig europäischem Nutzen zu finanzieren, müssen europäische Fördermittel gezielt  
337 für  
338 bestehende und fehlende Abschnitte eingesetzt werden. Das europäische  
339 Eisenbahnnetz ist noch  
340 immer ein Flickenteppich mit zahlreichen Lücken an den nationalen Grenzen. Das  
341 2016 erstmals  
342 aufgelegte europäische Lückenschlussprogramm ist ein grüner Erfolg, der deutliche  
343 Verbesserungen schafft. Aber schon jetzt wird deutlich, dass die Nachfrage das  
344 Programm  
345 überfordert. Deswegen fordern wir eine Verdoppelung der Mittel. Damit schaffen wir  
346 mit wenig  
347 Aufwand einen besseren grenzüberschreitenden Schienenverkehr. Davon profitieren  
348 gerade die

331 Menschen, die alltäglich darauf angewiesen sind. Mobilität ist Grundlage für  
332 gesellschaftliche Teilhabe. Die Infrastruktur muss in öffentlicher Hand bleiben. Nur so  
333 kann  
334 ein gutes und attraktives Verkehrsangebot gesichert werden.

334 Während man in Europa relativ einfach mit dem Auto über Grenzen fährt, müssen im  
335 Schienenverkehr oftmals Loks, Personal und Stromnetz gewechselt werden. Das kostet  
336 nicht nur  
337 Zeit, sondern macht den Zugverkehr insgesamt unattraktiver. Deshalb müssen die  
338 unterschiedlichen nationalen Verkehrsnetze europaweit vereinheitlicht werden. Ein  
339 gemeinsames Verkehrsnetz braucht gemeinsame Standards, von Ticketsystemen und  
340 Bahnsteighöhen  
341 bis zu Sicherheitsstandards. Nur wenn die Kleinstaaterei aufhört, kann Europa mehr  
342 Personen-  
343 und Güterverkehr auf die Schiene verlagern. Das schont das Klima und senkt die  
344 Belastung  
345 durch Schadstoffe. Eine Akzeptanz in der Bevölkerung für mehr Güter auf der Schiene  
346 wird es  
347 aber nur geben, wenn Güterzüge deutlich leiser werden. Dafür werden wir uns weiter  
348 einsetzen. Wir brauchen massive Investitionen in transnationalen Güter- und  
349 Personenverkehr.  
350 Wir setzen uns für die Wiederaufnahme europäischer Nachtzüge zwischen allen  
351 Metropolen und  
352 einen funktionierenden Pendelverkehr in Grenzregionen ein. Eine gemeinsame  
353 Finanzierung bzw.  
354 eine Fondslösung kann das unterstützen. Damit Europa über die große Distanz  
355 zusammenwachsen  
356 kann, müssen Züge auch für lange Strecken endlich eine ernstzunehmende Alternative  
357 zu Auto  
358 und Flugzeug werden. Nur so wird es weniger Kurzstreckenflüge in Europa geben. Wir  
359 machen  
360 uns für ein europäisches Hochgeschwindigkeitsbahnnetz stark, mit dem wir Athen und  
361 Helsinki,  
362 Madrid und Budapest verbinden.

363 Weltmarktführer für saubere Mobilität

363 Um die Mobilität der Zukunft zu prägen, muss Europa den Wandel gemeinsam mit der  
364 Fahrzeugindustrie anpacken. Neue Automobilhersteller, Mobilitätsdienstleister und  
365 Digitalkonzerne aus den USA und China fordern die europäischen Hersteller heraus.  
366 Nur wer  
367 die saubersten, bequemsten und intelligentesten Mobilitätslösungen anbietet, kann  
368 internationaler Marktführer bleiben. Dabei geht es um unglaublich viel:  
369 Wertschöpfung,  
370 Arbeitsplätze, Klima- und Gesundheitsschutz – um nur einige wenige Aspekte zu  
371 nennen.

372 Es sind vor allem die nationalen Regierungen und oft Deutschland, die in Brüssel die  
373 CO<sub>2</sub>-  
374 Grenzwerte für Autos verwässern, Diesel-Tricksereien vertuschen und strengere  
375 Abgastests  
376 blockieren. Gerade die Große Koalition hat damit der Automobilindustrie einen  
377 Bärenienst

361 erwiesen. Wir Grünen wollen den nötigen Technologiewandel vorantreiben: weg vom  
362 fossilen  
363 Verbrennungsmotor hin zu abgasfreien Antrieben. Dafür braucht es ambitionierte  
364 europäische  
365 CO<sub>2</sub>-Grenzwerte für Neuwagen, eine Förderung der europäischen Ladeinfrastruktur  
366 und eine EU-  
367 weite Quote für abgasfreie Neuwagen, Ab 2030 dürfen nur noch abgasfreie Autos neu  
368 zugelassen  
369 werden. Verbindliche Zulassungsquoten sollen sicherstellen, dass auch LKW, Busse,  
370 Baumaschinen, sonstige Nutzfahrzeuge, Traktoren, Schiffe, Hubschrauber und  
371 Flugzeuge nach  
372 und nach auf erneuerbare Energien umgestellt werden. Damit wir es schaffen im Sinne  
373 des  
374 Pariser Klimaschutzabkommens, den Verkehr bis 2050 nahezu klimaneutral zu  
375 gestalten, sollen  
376 rechtzeitig nur noch solche Fahr- und Flugzeuge neu zugelassen werden, die  
377 klimaneutral  
378 angetrieben werden. Hintergrund ist die jahrzehntelange Lebenserwartung der fossil  
379 angetriebenen Fortbewegungsmittel. Damit gehen wir den nötigen Schritt für die  
380 Stabilisierung des Klimas, Gesundheitsschutz und innovative Arbeitsplätze.  
381  
382 Zudem brauchen wir strengere Kontrollen bei Abgastests und das Ende der  
383 Steuerprivilegien  
384 bei Kraftstoffen. Außerdem wollen wir die Batteriezellenproduktion sowie die  
385 Produktion von  
386 Wasserstoffautos europäisch unterstützen, um beim sauberen Auto Wertschöpfung  
387 und  
388 Arbeitsplätze in Europa zu schaffen. Die Förderung der Zellproduktion knüpfen wir an  
389 die  
390 regionale Verfügbarkeit von erneuerbarem Strom und sparsamen Umgang mit  
391 seltenen Metallen,  
392 damit das E-Auto eine wirklich ökologische Alternative wird. Beim ÖPNV wollen wir die  
393 Elektromobilität voranbringen: Bahnstrecken müssen elektrifiziert und abgasfreie  
394 Busse  
395 produziert werden. Auch die Entwicklung alternativer, sauberer Antriebe für den  
396 Wirtschaftsverkehr in der Stadt und über Land wollen wir vorantreiben.  
397  
398 Ziel grüner Mobilitätspolitik ist es, dass Menschen schnell, sicher und emissionsfrei von  
399 A  
400 nach B kommen. Das erhöht die Lebensqualität in der Stadt und auch auf dem Land.  
401 Mithilfe  
402 digitaler Technik und kluger Stadtplanung werden Fahrrad- und Fußverkehre, Busse,  
403 Bahnen und  
404 Autos mit Bike- und Carsharing vernetzt und gefördert. Hinzu kommen neue  
405 Entwicklungen wie  
406 die intelligente Verkehrssteuerung und demnächst autonome Fahrzeuge, die unter den  
407 richtigen  
408 Rahmenbedingungen mehr Klimaschutz, Sicherheit und Effizienz schaffen können. Wir  
409 wollen die  
410 digitalgestützte emissionsfreie Mobilität stärken und damit unsere Lebensqualität  
411 erhöhen.  
412 Dazu wollen wir auf europäischer Ebene einen Förderwettbewerb für Städte und

## Regionen

- 390 starten, die gezielt den Autoverkehr verringern und dafür den öffentlichen Nah-, Rad-  
und  
391 Fußverkehr ausbauen. Diese Modellgebiete können Vorbildcharakter für ganz Europa  
haben.
- 392 Umsteuern bei Flugverkehr und Schifffahrt
- 393 Auch den Flugverkehr und die Schifffahrt möchten wir auf einen nachhaltigen Kurs  
bringen.
- 394 Wir wollen, dass die EU sich auf internationaler Ebene für weitergehende Klimaziele für  
die  
395 Schifffahrt und den Flugverkehr einsetzt. Wir setzen auf emissionsarme Kraftstoffe und  
eine  
396 klimaneutrale Schifffahrt. Auch der Flugverkehr muss aufholen und seinen Beitrag für  
den  
397 Klimaschutz leisten. Die Forschung und Erprobung alternativer Antriebstechniken  
wollen wir  
398 fördern. Im Schifffahrtsbereich unterstützen wir zielgerichtete Maßnahmen, die zu  
weniger  
399 Emissionen in den Häfen und auf den Weltmeeren führen. Wir setzen auf europaweit  
400 verbindliche Vorgaben, wie z.B. weniger als 0,1% Schwefelanteil im Treibstoff oder  
eine  
401 Verminderung von Stickstoffemissionen am Liegeplatz um 80%. Dafür brauchen wir  
eine  
402 entsprechende Hafeninfrastruktur.
- 403 Neben Nord- und Ostsee sollen weitere EU-Gewässer wie das Mittelmeer als  
404 Emissionssonderzonen ausgewiesen und die Nutzung von Schweröl soll generell  
verboten werden.
- 405 Zur Erreichung sind eine ausgebaute LNG Tank-Infrastruktur sowie die Erforschung von  
406 alternativen Antriebsstoffen erforderlich. Die Abhängigkeit von Schweröl und  
Schiffsdiesel  
407 muss der Vergangenheit angehören. Speziell der Kreuzfahrtbereich muss sauberer  
werden und  
408 sich für einen verantwortungsvollen Umgang mit Natur und Kulturgütern verpflichten.
- 409 Auch im Luftverkehr kommt es darauf an, faire Wettbewerbsbedingungen herzustellen.
- 410 Internationale Flüge unterliegen keiner Mehrwertsteuer und Kerosin wird nicht  
besteuert. Das  
411 wollen wir nicht zuletzt im Sinne der Gleichheit ändern. Zudem muss der  
internationale  
412 Flugverkehr endlich in den europäischen Emissionshandel der EU einbezogen werden,  
um seinen  
413 Beitrag zum Schutz der Atmosphäre beizutragen. Weiterhin setzen wir uns für die  
Reduzierung  
414 des Fluglärms ein. Die aktuellen Regelungen sollen so ausgestaltet werden, dass sie  
wirksam  
415 zu Lärminderung führen.

416 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 417 • eine Europäische Verkehrswende mit Vorfahrt für umweltverträgliche und  
418 vernetzte  
Mobilität,
- 419 • die Förderung sauberer Fahrzeuge und zukunftsfester Arbeitsplätze,
- 420 • eine Schifffahrt ohne Schweröl, dafür mit erneuerbaren Antrieben,
- 421 • einen Umstieg auf weniger, saubere und sicherere Autos,
- 422 • ein Ende der Steuerbefreiung für Kerosin.

### 423 **1.3 Ressourcenschonende Wirtschaftsdynamik entfachen**

424 Europa steht vor der Jahrhundertaufgabe, seine Wirtschaft ökologisch und sozial  
425 umzugestalten. Unser Ziel ist ein Wirtschafts- und Finanzsystem, das nicht auf Kosten  
von  
426 Mensch und Umwelt geht und sich an den planetaren Grenzen orientiert. Dazu müssen  
unter  
427 anderem die sozialen und ökologischen Kosten unserer Art zu wirtschaften und zu  
leben,  
428 transparent gemacht und in die Preise integriert werden. Mögliche negative  
Auswirkungen auf  
429 die Verteilungsgerechtigkeit müssen angemessen aufgefangen werden. Wir Grünen  
bleiben  
430 dagegen hartnäckig, wenn es darum geht, der Wirtschaft einen ökologischen und  
sozialen  
431 Rahmen zu setzen. Erst dieser Rahmen ermöglicht es der Wirtschaft, in einem fairen  
432 Wettbewerb ihre Innovationskraft, ihre Ingenieurskunst und ihre technologischen  
Stärken  
433 unter Beweis zu stellen. Das wollen wir unterstützen.

434 Wir wollen eine Modernisierungsoffensive zur Förderung ressourcenschonender und  
CO<sub>2</sub>-armer  
435 Innovationen. Dafür brauchen wir eine industriepolitische Strategie, die die  
europäische  
436 Wirtschaft fit für die Zukunft macht und eine neue Wirtschaftsdynamik entfacht. So  
vereinen  
437 wir eine hohe Lebensqualität und gute Jobs mit dem Erhalt unserer natürlichen  
438 Lebensgrundlagen. Wir wollen einen Wettbewerb um die ökologischste  
Produktionsweise  
439 entfachen. Die Ökodesign-Richtlinie muss Recycling und Ressourceneffizienz fördern  
und  
440 fordern. Auch wollen wir erreichen, dass die jeweils ressourcenschonendste  
Produktionsweise  
441 nach einiger Zeit zum Standard erklärt wird, den dann alle einhalten müssen. Die  
Ökodesign-  
442 Richtlinie hat das Potenzial, 90 Milliarden Euro pro Jahr an Energie- und Materialkosten  
443 einzusparen und 1 Million Jobs zu schaffen. Insgesamt können wir mit einer  
444 ressourcenschonenden Wirtschaftsweise bis zu 2,8 Millionen neue Arbeitsplätze in



## Europa

445 schaffen.

446 Wir verbrauchen die Ressourcen und Rohstoffe unseres Planeten in einem  
447 atemberaubenden  
448 Tempo. Für nachhaltigen Wohlstand brauchen wir eine Kreislaufwirtschaft, die  
449 wertvolle  
450 Rohstoffe wiederverwertet. Deshalb muss die Förderung der europäischen  
451 Kreislaufwirtschaft  
452 Zentralanliegen jeder ökologisch orientierten Wirtschaftspolitik sein. Der Bauindustrie  
453 kommt dabei große Bedeutung zu: So wollen wir - wo möglich - neue Gebäude aus  
454 nachwachsenden  
455 Baustoffen, wie z.B. Holz errichten. Bei Abrissen müssen die Baustoffe sortiert und  
456 recycelt  
457 werden. Wir wollen eine echte Kreislaufwirtschaft etablieren, die auf  
458 Wiederverwendung und  
459 stofflichem Recycling basiert. Preise müssen die ökologische Wahrheit sagen.  
460 Digitalplattformen können dabei vor allem mit Blick auf industrielle Sekundärrohstoffe  
461 eine  
462 wichtige Rolle spielen. Europa muss darauf achten, dass etwa im Bereich von  
463 Elektronikschrott nicht wertvolle Ressourcen rücksichtslos auf Müllkippen in der  
464 ganzen Welt  
465 exportiert werden, während durch Hightech-Recycling der Rohstoffverbrauch reduziert  
466 und  
467 Kosten für Unternehmen und für die Umwelt verringert werden können. Dem stetig  
468 steigenden  
469 Ressourcenbedarf durch immer längere Transport- und Fertigungskosten gilt es  
470 entgegenzutreten, indem Transport wie auch Produktion mit den wahren  
471 Umweltkosten belegt  
472 werden. So fördern wir regionale, energieeffiziente Produktion. Besonderes Gewicht für  
473 die  
474 Recyclingwirtschaft hat auch die EU-Plastikstrategie, deren Ziel es ist, die ständige  
475 Vermehrung von Plastikmüll drastisch einzudämmen.

464 Regionale Wirtschaft stärken

465 Wir wollen die regionale Wirtschaft mit den vor Ort agierenden Unternehmen,  
466 Wertschöpfungsketten und Produkten stärken. Denn gerade kleinere Betriebe wie die  
467 Bäckerei  
468 oder die Gaststätte sind von fundamentaler Bedeutung für die Nahversorgung wie  
469 auch für den  
470 sozialen Zusammenhalt. Doch diese kleinen häufig inhabergeführten Unternehmen  
471 sind heute  
472 stark in ihrer Existenz bedroht, dabei wirtschaften sie oft nachhaltiger und  
473 verantwortlicher. Denn ihre Prozesse sind regional und kurz und sie spüren die  
474 Auswirkungen  
475 ihres Handelns stärker.

472 Wir wollen die regionale Infrastruktur der Nahversorgung erhalten und setzen auf klar  
473 definierte regionale Kennzeichnungen und Förderkonzepte, auf praxisgerechte  
474 Kleinerzeugerregelungen sowie, wenn möglich, auf Toleranz- und Bagatellgrenzen für  
475 kleine  
476 Betriebe.

476 Geld nachhaltig anlegen und raus aus den Fossilen

477 Wir setzen uns dafür ein, Investitionen in fossile Brennstoffe zu stoppen – und sind damit

478 Teil der internationalen Divestment-Bewegung. Statt aus dem Raubbau an unserem Planeten

479 Profit zu ziehen, wollen wir in den Klimaschutz investieren. Das ist auch finanziell

480 sinnvoll, da die internationale Energiewende dazu führen wird, dass Investitionen in Kohle,

481 Öl und Gas mittelfristig abgeschrieben werden müssen. Grüne in Ländern und Kommunen haben es

482 vorgemacht: Auf ihren Antrag hin werden die Kommunal- und Landesfinanzen nachhaltig

483 ausgerichtet. Jegliche Subventionen für die Kohle-Verstromung lehnen wir ab.

484 Die ökologische Modernisierung braucht massive Investitionen, die finanziert werden müssen.

485 Heute wird immer noch viel Kapital in alten fossilen Technologien angelegt. Das ist nicht

486 nur ein ökologisches Problem, sondern gefährdet auch die Stabilität der Finanzmärkte und die

487 Altersvorsorge der Menschen. Wir wollen Finanzmärkte, die nicht in die Vergangenheit,

488 sondern in die Zukunft investieren. Nachhaltige Kapitalanlagen sind dazu ein Wachstumsmarkt,

489 der den Finanzplatz Europa stabiler und zukunftsfähig macht.

490 Grüne Anleihen wollen wir europaweit stärken und eine einheitliche Klassifizierung schaffen.

491 Wir fordern eine Richtlinie für ökologische Transparenz am Finanzmarkt, damit Anleger

492 wissen, wie ökologisch ihre Geldanlage ist. Wir wollen ein europäisches „Green Finance

493 Label“ für Investitionen und Anlagen einführen, die die höchsten Nachhaltigkeitskriterien

494 erfüllen. Außerdem wollen wir ökologische, soziale, darunter auch gleichstellungspolitische,

495 Ziele in der Unternehmensberichterstattung verpflichtend machen und ein unabhängiges Siegel

496 für nachhaltige Geldanlagen einführen.

497 Der Staat ist selbst ein sehr großer Nachfrager von Gütern. Zukünftig wollen wir auch das

498 öffentliche Beschaffungswesen an verbindliche ökologische, soziale und Fairtrade-Kriterien

499 knüpfen. Damit schaffen wir einen gewaltigen Markt für Unternehmen, die ökologisch und

500 sozial wirtschaften. Staatliche Subventionen für klimaschädliches Wirtschaften wollen wir

501 abschaffen. Wir werden die Möglichkeit prüfen, neben sozialen auch ökologische Ziele bei der

502 Mehrwertsteuer zu berücksichtigen, wie zum Beispiel vom EU-Parlament und wiederholt vom

503 Umweltbundesamt empfohlen.

504 Wir wollen die Mittel des Zukunftsfonds im EU-Haushalt für die soziale und ökologische  
505 Modernisierung der europäischen Wirtschaft und Infrastruktur nutzen und vor allem  
kleinen  
506 und mittleren Unternehmen sowie dem Handwerk den Zugang zu EU-  
Förderprogrammen für energie-  
507 und ressourceneffiziente Produktion erleichtern.

508 Wirtschaftspolitik richtet sich oft nur an profitorientierten Unternehmen aus. Chancen  
509 bieten insbesondere Genossenschaften und soziale Unternehmen. Wir wollen eine  
Strategie der  
510 EU zur Förderung der Gemeinwohlökonomie. Sie soll künftig in die  
511 Unternehmensberichterstattung und in EU-Förderprogramme integriert werden.  
Unternehmen mit  
512 Gemeinwohlorientierung sollen durch eine anerkannte Kennzeichnung gestärkt und bei  
513 öffentlichen Aufträgen bevorzugt werden.

514 Der Wachstumsmaßstab Bruttoinlandsprodukt (BIP) muss durch ein grünes BIP ersetzt  
werden,  
515 das die Bewertung einer gesunden Umwelt und zufriedenen Gesellschaft sowie die  
516 demokratischen und rechtsstaatlichen Rahmenbedingungen der Wirtschaft beinhaltet.

517 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 518 • das Anlegen öffentlicher Gelder in nachhaltigen Geldanlagen (Divestment),
- 519 • ökologisch transparente Geldanlagen,
- 520 • eine Stärkung der Gemeinwohlökonomie,
- 521 • eine weitreichende Ökodesign-Richtlinie für eine ressourcenschonende  
Wirtschaftsweise
- 522 in ganz Europa.

#### 523 **1.4 Natur und Umwelt schützen**

524 Sauberes Wasser, reine Luft, gesunde Böden und intakte Landschaften bilden unsere  
525 Lebensgrundlagen. Aber diese sind bedroht. Der ehemals große Reichtum an Tieren,  
Pflanzen  
526 und Lebensräumen schwindet täglich. Lebensräume gehen verloren, Arten sterben  
aus. Auf den  
527 Wiesen und in den Wäldern wird es stiller, es brummt, summt und zwitschert immer  
weniger:  
528 Die Vogelpopulation in Deutschland hat sich in den letzten 30 Jahren halbiert, die  
Anzahl  
529 von Insekten ist seit 1989 um bis zu 80 % zurückgegangen. Rund ein Drittel der bei  
uns  
530 heimischen Arten sind bedroht, darunter viele Bienen. Diese sind jedoch essentiell für  
die  
531 gesamte Landwirtschaft. Ihr Fehlen bedeutet daher auch einen großen  
volkswirtschaftlichen  
532 Schaden. Auch in anderen europäischen Ländern sieht die Situation nicht viel besser  
aus.

533 Wir setzen unsere ganze Kraft dafür ein, den negativen Trend beim Artensterben zu  
stoppen.  
534 Wir wollen eine artenreiche und intakte Natur erhalten und dort wiederherstellen, wo  
sie  
535 bereits Schaden genommen hat. Das bedeutet auch, dass wir Natura-2000-Gebiete  
verteidigen,  
536 verbessern und Schutzgebiete wo möglich vergrößern. Wir wollen, dass  
Großschutzgebiete  
537 besser geschützt und entwickelt werden. Dazu gehören insbesondere Nationalparks,  
538 Biosphärenreservate und auch Naturparks. Wir begrüßen die Rückkehr von Luchs und  
Wolf, den  
539 besonderen Schutzstatus dieser Arten wollen wir erhalten. Ein gutes  
Wolfsmanagement mit  
540 Programmen zum Wildtiermonitoring und zur Vermeidung von Mensch-  
Wildtierkonflikten werden  
541 wir fördern.

542 Die EU, und damit ihre Mitgliedstaaten, hat sich im Rahmen der Vereinten Nationen  
543 verpflichtet, den Artenrückgang und die Zerstörung natürlicher Lebensräume bis 2020  
544 aufzuhalten, und wird diese Ziele voraussichtlich deutlich verfehlen. Wir fordern daher,  
545 umgehend eine ambitionierte Strategie zum Erhalt der biologischen Vielfalt für den  
Zeitraum  
546 nach 2020 und ein Nachfolgeprogramm für das 7. Umweltaktionsprogramm zu  
erarbeiten. Die  
547 globalen Ziele für nachhaltige Entwicklung wollen wir darin als neue Leitprinzipien  
548 verankern. Der Schutz und die Bereitstellung globaler Gemeingüter erfordert  
multilaterale  
549 Kooperation und angemessene Lastenteilung nach dem Prinzip der "gemeinsamen,  
aber  
550 unterschiedlichen Verantwortung". Beispiel nehmend am Pariser  
Klimaschutzabkommen streben  
551 wir globale Vereinbarungen mit vergleichbarem Konkretisierungsgrad zum Erhalt der  
552 Biodiversität und für den Meeresschutz an.

553 In den letzten Jahren war es immer wieder die Europäische Union, die im Bereich der  
Umwelt-  
554 und Naturschutzgesetzgebung Druck gemacht hat. Und es waren die nationalen  
Regierungen, die  
555 sie verwässert oder nicht erfüllt haben. Dann sanktioniert die EU: Um einen der letzten  
556 intakten Urwälder in Europa zu retten, hat der Europäische Gerichtshof die polnische  
557 Regierung durch Androhung von Strafzahlungen gezwungen, die Abholzung des  
Białowieża-Waldes  
558 zu stoppen. Ebenso hat die EU Deutschland aufgrund der zu hohen Nitratwerte in  
unserem  
559 Wasser verurteilt.

560 Die gute gesetzliche Grundlage beim europäischen Umwelt- und Naturschutz muss  
von der EU-  
561 Kommission und den Mitgliedstaaten umfassend umgesetzt werden. Hierzu sind auf  
allen Ebenen  
562 personelle und finanzielle Kapazitäten zu schaffen. Außerdem muss die EU-

Kommission ihre  
563 Rolle als Hüterin der Verträge und des EU-Rechts ernst nehmen und hierfür Verstöße  
gegen das  
564 europäische Umweltrecht konsequent durch Vertragsverletzungsverfahren ahnden.  
565 Umweltschädliche Subventionen und umweltschädliche Im- und Exporte wollen wir  
abbauen und  
566 damit nachhaltige Produkte und Produktionsverfahren fördern. Außerdem wollen wir  
567 transeuropäische grüne Korridore für Biotop vorantreiben und den Naturschutz  
besser  
568 finanzieren. Um Lebensgrundlagen in der EU zu erhalten, braucht es eine intakte  
Natur. Dafür  
569 fördern wir mehr Wildnisflächen: Möglichst bis 2030 wollen wir die Wildnisflächen in  
der  
570 Europäischen Union verdoppeln. Dafür muss Deutschland mit gutem Beispiel  
vorgehen und sein  
571 beschlossenes Ziel von 2 % Wildnis bis 2020 umsetzen. Doch all das bringt uns nur  
voran,  
572 wenn wir das mit einer Agrarwende, weniger Pestiziden und Dünger auf den Feldern,  
mehr  
573 agrarstrukturellen Elementen wie Hecken, Randstreifen oder Blühflächen und mehr  
ökologischem  
574 Landbau verbinden. Eine artenreiche Landschaft ist nur mit einer vielfältig  
strukturierten  
575 Landwirtschaft zu erreichen.

576 Für Umwelt- und Tierschutzverbände wollen wir ein volles Verbandsklagerecht  
schaffen, mit  
577 dem Verstöße gegen Umwelt- und Tierschutzgesetze geahndet werden können. Nur so  
kann der  
578 Umwelt- und Tierschutz gegenüber kurzfristigen Industrieinteressen gestärkt werden.  
Hierzu  
579 wollen wir den Anwendungsbereich des Vorschlags der EU-Kommission über eine  
Verbandsklage im  
580 Verbraucherrecht entsprechend ausweiten. Wir wollen die Entscheidungsprozesse  
581 demokratisieren, indem wir die Bürgerbeteiligung stärken und Lobbyismus regulieren.

582 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 583 • den Schutz einzigartiger Kulturlandschaften und Urwälder ,
- 584 • grenzüberschreitende Biotop,
- 585 • eine bessere Naturschutzfinanzierung,
- 586 • ein Verbandsklagerecht für Umwelt- und Tierschutzorganisationen

587 **1.5 Die Landwirtschaft so verändern, dass sie unsere Lebensgrundlagen  
bewahrt**

588 Wir streiten und werben für eine vielfältige, nachhaltige, regional verankerte,  
bäuerliche  
589 Landwirtschaft, die Natur und Tiere schont und gesundes Essen für uns alle erzeugt.  
Wir

590 wollen eine konsequente Neuausrichtung hin zu einer europäischen Agrar- und  
591 Ernährungspolitik, die im Einklang ist mit den Zielen der EU in der Klima-, Umwelt-,  
592 Verbraucher- und Entwicklungspolitik. Zudem möchten wir die vielfältigen  
Kulturlandschaften  
593 in Europa und lebendige ländliche Räume mit zukunftsfesten Betrieben erhalten und  
das  
594 Höfesterben stoppen. Deswegen streiten wir für die europäische Agrarwende: für den  
Aufbau  
595 einer nachhaltigen Lebensmittelproduktion, die sowohl eine gesunde Ernährung  
sichert als  
596 auch hohen Umwelt- und Tierschutzstandards genügt, faire Preise für die  
Landwirt\*innen  
597 erzielt und eine vielfältige Agrarstruktur fördert.

598 Wir brauchen eine ganzheitliche Strategie für eine Ernährungswende. Wir wollen ein  
Umfeld  
599 schaffen, in dem es leicht ist, sich gesund zu ernähren. Verbraucher\*innen haben das  
Recht  
600 zu wissen, was drin ist. Sie wollen gutes Essen ohne Gentechnik, Antibiotikarückstände  
und  
601 Geschmacksverstärker. Deshalb fordern wir eine leicht verständliche Nährwertampel,  
eine  
602 Reduktion von Zucker, Salz und Fett in hochverarbeiteten Lebensmitteln und eine  
603 obligatorische Tierhaltungs- und Gentechnikkenzeichnung. Wir setzen uns für eine  
nachhaltige  
604 Ernährung ein, die gut für die Verbraucher\*innen ist und bei der Stadt und Land  
gemeinsam  
605 Umwelt, Klima, Tiere und Böden schützen.

606 Wir setzen uns außerdem gegen Lebensmittelverschwendung ein: Wie schon in  
Frankreich  
607 praktiziert müssen Supermärkte mit einer Größe von mehr als 400 Quadratmetern ihre  
nicht  
608 verkauften Lebensmittel entweder an karitative Einrichtungen spenden, in dafür  
609 eingerichteten Regalen kennzeichnen und kostenlos abgeben oder als Tierfutter bzw.  
Kompost  
610 recyceln. Bis dahin entkriminalisieren wir das Containern. Mit Förderprogrammen für  
611 Foodsharing und dem Ersatz des Mindesthaltbarkeitsdatums durch ein Verzehrdatum  
erhöhen wir  
612 die Verwertbarkeit von Lebensmitteln.

613 Zusammen mit Landwirt\*innen und Umweltverbänden haben wir schon viel erreicht:  
Immer mehr  
614 Verbraucher\*innen in der EU wollen gesunde, ökologisch und regional produzierte  
615 Lebensmittel. Daher ist Bio-Landbau längst ein fester Bestandteil der europäischen  
616 Landwirtschaft geworden. Genauso setzen sich immer mehr Menschen in der EU mit  
uns für eine  
617 bessere Tierhaltung und mehr Umweltschutz in der Landwirtschaft ein, wie zuletzt die  
618 europäische Bürgerinitiative gegen Glyphosat gezeigt hat. Doch der Handlungsdruck  
bleibt  
619 groß. Unser mittelfristiges Ziel muss sein, die Landwirtschaft in der EU nach  
ökologischen  
620 Kriterien auszurichten, ähnlich wie das EU-Bio-Siegel sie gegenwärtig schon vorsieht.

621 Durch intensive Landwirtschaft und Monokulturen gehen noch immer europaweit  
fruchtbare Böden  
622 verloren, das Artensterben geht ungebremst weiter, der Pestizideinsatz ist  
ungemindert hoch  
623 und industrielle Tierhaltung degradiert Tiere zu Rohstoffen. Die Landwirtschaft, eine  
der  
624 Hauptbetroffenen der Klimakrise, ist selbst für einen nicht geringen Anteil des  
Ausstoßes  
625 klimaschädlicher Gase und damit mit für die Erderhitzung verantwortlich.

626 Es ist höchste Zeit, eine Agrar- und Ernährungspolitik zu entwickeln, die die  
Landwirtschaft  
627 in der EU zukunftsfähig macht. Der Schutz von Klima, Boden, Wasser, Artenvielfalt und  
Tieren  
628 steht im Mittelpunkt dieser neuen Landwirtschaftspolitik. Die Agrarpolitik sollte dazu  
629 beitragen, dass die Konsum- und Produktionsstrukturen in Europa nicht die natürlichen

630 Ressourcen und die Lebensgrundlagen bei uns in Europa und in sich entwickelnden  
Ländern  
631 zerstören, indem EU-Agrarprodukte zu Dumpingpreisen die Märkte Afrikas, Asiens und  
632 Lateinamerikas überfluten. Vielmehr muss sie dazu beitragen, dass die bäuerliche  
633 Landwirtschaft weltweit erhalten wird und die nachhaltigen Entwicklungsziele erreicht  
634 werden.

635 Qualität statt Masse – Neuausrichtung der Agrarförderung

636 Um die europäische Landwirtschaft an die gesellschaftlichen Herausforderungen  
anzupassen,  
637 muss sich vor allem die Ausgestaltung der aktuellen EU-Agrarförderungspolitik grundlegend

638 ändern. Immer noch kommt der größte Teil der bisher knapp 60 Milliarden Euro, mit  
denen die  
639 Landwirtschaft jährlich subventioniert wird, insbesondere großen Betrieben zugute und

640 fördert so Umweltzerstörung, Industrialisierung, Höfesterben und Exportorientierung.  
Die  
641 Mittel belohnen zudem pauschal Bodenbesitz.

642 Eine neue Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) dagegen soll ausschließlich die über  
gesetzliche  
643 Standards hinausgehenden Leistungen der Landwirtinnen und Landwirte für das  
Gemeinwohl  
644 fördern und ihnen so Alternativen zum Prinzip „wachse oder weiche“ eröffnen.  
Öffentliche  
645 Mittel müssen für eine echte Transformation hin zu einer für Mensch, Natur und  
Umwelt  
646 nachhaltigen Landwirtschaft verwendet werden. Der Ausbau der ökologischen  
Landwirtschaft,  
647 eine natur- und artgerechte Landwirtschaft wie auch eine artgerechte und  
flächengebundene  
648 Tierhaltung werden dann gezielt unterstützt. Gleiches gilt beispielsweise für Betriebe,  
die  
649 weniger oder gar keine Pestizide einsetzen oder Naturschutzmaßnahmen durchführen.

Die bisher  
650 überwiegend an der Fläche anknüpfende Förderung, die vor allem industriell  
wirtschaftenden  
651 Betrieben zu Gute kommt, soll abgeschafft werden. Nur mit dem Prinzip „öffentliches  
Geld für  
652 öffentliche Leistung“ lassen sich die hohen Agrar-Zahlungen noch rechtfertigen.  
653 Die Vorgaben für diese Leistungen müssen auf EU-Ebene definiert werden, damit die  
654 Mitgliedstaaten nicht um den niedrigsten Standard konkurrieren. Voraussetzung für  
jedwede  
655 Förderung ist das Einhalten von Umwelt- und Sozialstandards, die ebenfalls für alle  
656 Mitgliedstaaten auf EU-Ebene festgelegt werden müssen. Im Rahmen der GAP fordern  
wir einen  
657 Naturschutzfonds von 15 Milliarden Euro jährlich für Naturschutzmaßnahmen in der  
658 Agrarlandschaft.  
659 Die EU muss zum Ziel haben, Kleinbäuer\*innen in ärmeren Ländern dabei zu  
unterstützen, mit  
660 agrarökologischen Methoden Lebensmittel für lokale und regionale Märkte herzustellen  
und so  
661 zur Ernährungssicherheit und -souveränität beizutragen. Gleichzeitig müssen die  
Länder auch  
662 stärker beim Aufbau von Wertschöpfungsketten unterstützt werden. Wir wollen ein  
Monitoring  
663 der externen Auswirkungen der GAP einführen.  
664 Auch die Übermacht des Einzelhandels trägt dazu bei, dass Landwirtinnen und  
Landwirte in  
665 Europa in einen brutalen Wettbewerb sowie Kleinstherzeuger\*innen wie etwa in Afrika  
und  
666 Lateinamerika in den Ruin getrieben werden. Umwelt, Menschen und Tiere bleiben  
langfristig  
667 auf der Strecke. Der Einzelhandel kann und muss einen großen Beitrag zur  
Agrarwende leisten.  
668 Daher wollen wir auch marktregulierende Mechanismen prüfen, um die Preise zu  
stabilisieren.  
669 Wir fordern europaweite Regelungen, um Preisdumping im Lebensmittelbereich zu  
beenden.  
670 Landspekulationen und Aufkauf von Land eindämmen  
671 Das bisher hauptsächlich in Entwicklungsländern um sich greifende Landgrabbing wird  
672 zunehmend auch in Europa zum Problem. Privatpersonen und Großinvestoren  
entdecken Ackerland  
673 als sichere Kapitalanlage. Für die ländlichen Regionen hat das fatale Auswirkungen:  
Für  
674 bestehende bäuerliche Betriebe oder Existenzgründer\*innen ist es kaum noch  
möglich, zu  
675 fairen Preisen Land zu erwerben oder zu pachten.  
676 Bäuerliche Betriebe sollen vor Agrarkonzernen und Bodenspekulation geschützt  
werden, etwa  
677 durch verpflichtende Obergrenzen für Agrarzahlungen pro Nutznießer (und nicht nur



pro  
678 Tochterunternehmen), mehr Geld für die ersten Hektare, um kleine und mittlere  
Betriebe zu  
679 unterstützen, Einstiegserleichterungen für Neugründungen, Transparenz der  
680 Eigentumsverhältnisse, Monitoring der Preise und des Zustands des Bodens durch eine  
681 europäische Beobachtungsstelle. Landwirtschaftlicher Boden muss vor Spekulationen  
geschützt  
682 werden.

683 Antibiotikaresistente Bakterien aus landwirtschaftlicher Tierhaltung können beim  
Menschen zu  
684 Infektionen und Todesfällen führen. Wir setzen uns für eine antibiotikafreie Tierhaltung  
685 ein. Damit stärken wir die menschliche Gesundheit, sorgen für eine tiergerechte  
Haltung und  
686 senken den Nitratgehalt in den Gewässern.

687 Trinkwasser und Gewässer schützen

688 Wasser ist ein kostbares Gut, das geschützt werden muss. Der Zugang zu sauberem  
Wasser ist  
689 ein Menschenrecht. Doch fast 2 Millionen Menschen in Europa haben keinen  
ordentlichen Zugang  
690 zu Trinkwasser oder sanitärer Versorgung. Die Erderhitzung verschärft diese Situation.  
In  
691 südlichen Ländern wie Spanien, Italien oder Griechenland wird Wasser bereits zu  
einem immer  
692 knapperen Gut. Unsere Art zu konsumieren und zu wirtschaften verschwendet und  
verschmutzt  
693 Wasser zu leichtfertig. Um das Menschenrecht auf Wasser in der EU zu verankern,  
gründete  
694 sich 2012 die Europäische Bürgerinitiative Right2Water, die wir von Anfang an  
unterstützt  
695 haben. Knapp 1,7 Millionen Europäerinnen und Europäer aus 13 EU-Mitgliedstaaten  
trugen diese  
696 erste erfolgreiche Europäische Bürgerinitiative. Wir werden uns weiterhin jedem  
Versuch  
697 entgegenstellen, die öffentliche Wasserversorgung zum Investitionsobjekt für  
internationale  
698 Unternehmen zu machen.

699 Unser Leitbild sind lebendige Flüsse und Seen in Europa, die in einem guten  
ökologischen  
700 Zustand sind. Gesunde Gewässer sind besonders wertvolle Ökosysteme, denn sie  
garantieren  
701 Artenreichtum. Doch davon sind wir in vielen Teilen der Europäischen Union noch  
meilenweit  
702 entfernt. Deshalb setzen wir uns vehement für eine ambitionierte Umsetzung der  
703 Wasserrahmenrichtlinie ein und werden diese durch entsprechende Leitfäden  
konkretisieren.

704 Außerdem wollen wir den Antibiotikaeinsatz, eine Gülleüberproduktion und den Einsatz  
705 Pestizide weiter zurückdrängen.

- 706 Insekten- und Vogelsterben aufhalten – Glyphosat vom Acker!
- 707 Die industrielle Landwirtschaft ist eine Hauptursache für das Artensterben. Wichtige  
708 Lebensräume für Tiere und Pflanzen gehen durch Ackergifte, Überdüngung,  
Monokulturen,  
709 intensive Landnutzung und fehlende Wildnis verloren.
- 710 Wir reduzieren den Einsatz von Pestiziden in der Landwirtschaft drastisch, indem wir  
die  
711 giftigsten Pestizide sofort verbieten – darunter auch alle Neonikotinoide, denn sie  
schaden  
712 unseren Insekten und Bienen massiv. Für das Ende des Totalherbizids Glyphosat setzen  
wir uns  
713 weiterhin mit aller Kraft ein – und machen Druck auf die Bundesregierung, die schon  
einmal  
714 auf EU-Ebene für die Verlängerung der Glyphosat-Zulassung gestimmt hat. Die  
715 Zulassungsverfahren für Pestizide wollen wir auf Basis eines gestärkten  
Vorsorgeprinzips  
716 reformieren und das zugrunde liegende Wissenschaftsprinzip transparenter machen.  
Es braucht  
717 dringend eine unabhängige Risikobewertung sowie strenge Kontrollmechanismen.
- 718 Als weitere Maßnahme gegen das Insekten- und Vogelsterben fordern wir die  
Schaffung von  
719 ökologischen Vorrangflächen, wie z.B. Blühstreifen, Hecken, Feldlerchenfenster,  
720 Extensivgrünland oder Streuobstwiesen auf jedem landwirtschaftlichen Betrieb.
- 721 Landwirtschaftliche Ökosysteme stärken!
- 722 Eine andere Landwirtschaft bedeutet auch anders anzubauen – gerade im Lichte der  
723 Klimaauswirkungen. Das Potenzial verschiedenster Anbaumethoden, robuste  
landwirtschaftliche  
724 Ökosysteme zu bilden – über Push-and-Pull-Techniken und Permakultur bis zu  
Agroforstsystemen  
725 –, ist riesig, ebenso wie das Potenzial ökologischer Anbautechniken, widerstandsfähig  
726 gegenüber Krankheiten, Trockenheit, Versalzung, Vernässung zu sein. Dieses Potenzial  
ist  
727 aber in Europa nur in Ansätzen erforscht. Wir fordern daher eine deutlich stärkere  
728 Forschungsförderung in diesem Bereich. Denn aktuell werden agrarökologische  
Methoden – zu  
729 denen auch der zertifizierte Ökolandbau gehört – in Europa und weltweit nur mit  
einem  
730 Bruchteil der finanziellen Mittel erforscht und weiterentwickelt, die konventionelle und  
731 gentechnische Ansätze erhalten. Wir setzen uns auch für den Erhalt wertvoller  
732 Kulturlandschaften ein, beispielsweise der Streuobstbestände.
- 733 Wir Grünen lehnen seit vielen Jahren – anders als Gentechnik teilweise im  
medizinischen  
734 Bereich und bei der industriellen Produktion – den Einsatz von Gentechnik in der  
735 Landwirtschaft ab. So, wie Gentechnik in der Landwirtschaft stattfindet, trägt sie zum  
736 Ausbau der Monopole großer Agrarkonzerne bei und führt zu einem Verlust an  
Biodiversität und  
737 landwirtschaftlicher Vielfalt. Die großen Probleme, die Länder wie die USA oder  
Argentinien

738 als Folge des Einsatzes von Gentechnik haben – wie ein massiver Einsatz von  
Totalherbiziden  
739 wie Glyphosat, Superunkräuter, Gefährdung landwirtschaftlicher Vielfalt, die große  
740 Monopolmacht der Agrarkonzerne sowie die eingeschränkte Verbraucherefreiheit –,  
741 unterstreichen, wie wichtig diese Ablehnung war und ist. Dass Europas Äcker heute  
weitgehend  
742 frei von Gentechnik sind, ist ein Erfolg der Bewegung und der Verbraucher\*innen  
gegen  
743 Gentechnik.

744 Daher ist es essenziell, dass das Vorsorgeprinzip im Zulassungsverfahren  
entsprechend der  
745 Entscheidung des EuGH auch gegenüber neuen Verfahren in der Gentechnik  
europaweit angewandt  
746 wird. Auch die neue Gentechnik unterliegt einer strengen Regulierung und  
747 Kennzeichnungspflicht. Die Menschen in Europa wollen mehrheitlich keine Gentechnik  
auf dem  
748 Acker und dem Teller – wir setzen uns dafür ein, dass die Wahlfreiheit für  
Verbraucher\*innen  
749 und Landwirt\*innen auch gegenüber neuen gentechnischen Verfahren gewährleistet  
wird. Weil  
750 gentechnische Veränderungen nicht rückholbar sind, muss sichergestellt werden, dass  
keine  
751 Organismen freigesetzt werden, die Schaden anrichten können. Die  
Zulassungsverfahren durch  
752 die EFSA müssen transparent und unabhängig vom Einfluss der Agrarkonzerne  
durchgeführt  
753 werden. Zugleich muss der Fokus auf Umweltgefahren ausgebaut und mehr Geld in  
öffentliche  
754 Forschung investiert werden.

755 Der Einsatz von Gentechnik ist aber nicht nur eine Frage der gesetzlichen Zulassung,  
sondern  
756 vielmehr eine Frage der Ethik und der gesellschaftlichen Akzeptanz. Deshalb muss der  
weitere  
757 Umgang mit neuen gentechnischen Verfahren breit gesellschaftlich diskutiert werden.  
In  
758 diesem Zusammenhang halten wir es auch grundsätzlich für höchst problematisch,  
dass bei der  
759 finalen Zulassung einzelner Konstrukte der Kommission und die Mitgliedstaaten im  
Ständigen  
760 Ausschuss ohne das Europäische Parlament entscheiden. Das können wir so nicht  
akzeptieren.  
761 Wir Grünen werden uns dafür einsetzen, dass das Parlament bei dieser Entscheidung  
angemessen  
762 beteiligt und gehört wird.

763 Eine klare Kennzeichnung von Gentechnik ist zentral. Auch Produkte von Tieren, die  
mit  
764 gentechnisch veränderten Futtermitteln gefüttert wurden, müssen als solche  
gekennzeichnet  
765 werden. Für den Schutz des gentechnikfreien konventionellen und ökologischen  
Landbaus ist

766 ein Standortregister nach wie vor unverzichtbar. Die Regelungen zur  
gesamtschuldnerischen  
767 Haftung sind entsprechend so zu gestalten, dass Mehrkosten und Aufwand, der für den  
768 gentechnikfreien Landbau entsteht, den Nutzern von Sorten, die mit neuer Gentechnik  
769 hergestellt wurden, angerechnet werden.

770 Keine Patente auf Saatgut, Pflanzen und Leben – Klonen, nein danke!

771 Die Patentierbarkeit von Saatgut und neuen Züchtungen sehen wir kritisch. Sie führt  
zu immer  
772 größeren Monopolen der Agrarkonzerne. Landwirte werden damit abhängig gemacht,  
gerade in den  
773 Entwicklungsländern mit fatalen Folgen. Problematisch ist zudem, dass Pestizide bei  
774 gentechnisch veränderten Pflanzen häufig eingesetzt werden und die Wahlfreiheit der  
775 Verbraucher\*innen unterlaufen wird.

776 Der entscheidende Kampf ist daher der um ein Verbot von Patenten auf Saatgut und  
Leben  
777 insgesamt. Züchtung muss, wie seit Jahrtausenden, ein Open-Source-System bleiben.  
Das Recht  
778 auf Nahrung ist ein Menschenrecht und damit darf es keine Patente auf Pflanzen und  
auf Tiere  
779 geben. Aus Tierschutzgründen lehnen wir den Einsatz des Klonens in der  
Landwirtschaft ab.

780 Wir wollen die Rechte der Kleinbäuer\*innen weltweit auf freien Austausch und  
kostenlose  
781 Wiederaussaat von Saatgut sichern. Darüber hinaus wollen wir den Auf- und Ausbau  
lokaler  
782 Saatgutbanken fördern, damit traditionelles Wissen und die biologische Vielfalt  
erhalten und  
783 zugänglich bleiben. Sortenvielfalt ist ein wichtiger Baustein, um das Recht auf Nahrung  
zu  
784 verwirklichen und die Landwirtschaft widerstandsfähiger gegen die Folgen des  
Klimawandels zu  
785 machen.

786 Die zunehmende Konzernmacht zementiert das agrarindustrielle System und arbeitet  
gegen die  
787 dringend notwendige Agrarwende. Die Reform der Wettbewerbsregeln ist der Schlüssel  
zur  
788 Bewältigung der Machtkonzentration im Agrarsystem. Bei zukünftigen Fusionen  
müssen auch die  
789 Auswirkungen auf Umwelt, Artenvielfalt, Gesundheit und Ernährung sowie für die  
betroffenen  
790 Bäuer\*innen geprüft werden.

791 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 792 • eine Ausrichtung der europäischen Agrarpolitik an ökologischen Kriterien,
- 793 • sauberes Wasser in ganz Europa,
- 794 • ein Verbot von Glyphosat und giftigen Pestiziden,
- 795 • konsequente Regulierung und Transparenz bei Gentechnik,
- 796 • ein Verbot von Patenten auf Saatgut, Pflanzen und Tiere.

## 797 **1.6 Tierschutz stärken**

798 Gerade angesichts der Klimakrise brauchen wir eine Abkehr von den großen Tierbeständen.

799 Neben den ökologischen Problemen wird schlicht die Futtergrundlage zu knapp, wenn wir nicht

800 alle Ziele der Welternährung und des Naturschutzes über Bord werfen wollen. Deshalb sollten

801 alle Förderungen daran gekoppelt werden, dass die Anzahl der Tiere pro Fläche begrenzt wird.

802 Ein Betrieb sollte also nur so viele Tiere haben, wie er mit dem Ertrag seiner Flächen grundsätzlich ernähren kann. Wir wollen eine kreislaufbasierte Landwirtschaft, die 803 überwiegend regional verortet ist, anstatt das Futter aus Übersee zu beziehen.

805 Wir halten Tiere in sehr großer Zahl, um sie zu töten und zu essen. Daraus ergibt sich eine

806 ethische Verpflichtung. Viel zu häufig konkurrieren die EU-Länder um die niedrigsten Preise

807 und reduzieren so die Tierschutzstandards. Wir wollen hingegen, dass die EU alle Tiere durch

808 neue Gesetzgebung und ordnungsgemäße Durchführung bestehender Regelungen schützt. Wir wollen

809 den Tierschutz bei Zucht, Haltung, Transport und Schlachtung innerhalb von zehn Jahren durch

810 ordnungsrechtliche Vorgaben erheblich verbessern, sodass Tierhaltung an den Bedürfnissen der

811 Tiere orientiert ist. Tierprodukte, die den EU-Tierschutzstandards nicht entsprechen, sollen

812 nicht mehr in die EU importiert werden. Zudem sollte eine pflanzliche Ernährung u.a. durch

813 Aufklärungsarbeit und gezielte Angebote gefördert werden.

814 Je weniger Tiertransporte, desto besser für die Tiere. Falls Transporte nicht vermieden werden können, müssen sie so unstrapaziös wie möglich sein. Daher fordern wir, dass Tiere

816 verpflichtend zu einem nahe gelegenen Schlachthof gebracht werden müssen – statt zu dem, der

817 am billigsten arbeitet – und wollen deshalb Tiertransporte auf maximal vier Stunden begrenzen. Wir wollen regionale Schlachtstätten und mobile Schlachteinrichtungen fördern

819 sowie regionale Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen aufbauen, um eine Infrastruktur

- 820 für regionale, tierschutzkonforme Schlachtung zu schaffen. Hierzu gehört auch,  
Schlachthöfe  
821 unter Wahrung des Beschäftigtendatenschutzes durch Videokameras besser zu  
überwachen. Dabei  
822 aufgedeckte Verstöße gegen das Tierschutzgesetz müssen konsequent, hart und sofort  
geahndet  
823 werden.
- 824 Tierschutz darf nicht an nationalen Grenzen enden. Tiertransporte für Zucht,  
Schlachtung,  
825 Tierversuche und Heimtierhaltung müssen europaweit kontrollierbar sein. Das  
geltende Recht  
826 muss umgesetzt werden. Wir wollen den Tierschutzvollzug auch auf europäischer  
Ebene stärken.  
827 Verstöße gegen das Tierschutzgesetz müssen konsequent erfasst und geahndet  
werden.
- 828 Exporte lebender Schlachttiere sowie Mast- und Zuchttiere in Länder außerhalb der EU  
sowie  
829 jede Form von Klonen und Qualzucht wollen wir verbieten. Anstelle dessen sollen  
Samen und  
830 Fleisch transportiert werden. Wir wollen dafür sorgen, dass Tiere in der EU nicht  
831 betäubungslos kastriert werden dürfen und solche Tiere auch nicht mehr in den EU-  
Binnenmarkt  
832 eingeführt werden.
- 833 Das Verbot von Tierversuchen in der Kosmetik muss konsequent umgesetzt und auf  
weitere  
834 Produkte und andere Bereiche, wie z. B. die Chemikalienprüfung, ausgeweitet werden.  
835 Zusätzlich benötigen wir eine verbindliche Ausstiegsstrategie aus den Tierversuchen  
sowie  
836 eine verstärkte Förderung für die Erforschung von Alternativen. Bestehende  
Alternativen sind  
837 anzuwenden. Auch Haus- und Straßentiere müssen in Europa ein würdiges Leben  
haben. Wir  
838 fordern ein Ende der Tötung von streunenden Katzen und Hunden. Stattdessen müssen
- 839 öffentliche und private Maßnahmen der Geburtenkontrolle, etwa die Kastration,  
gestärkt  
840 werden. Auch eine verpflichtende Kennzeichnung und Registrierung von Hunden und  
Katzen  
841 wollen wir einführen.
- 842 Wildtiere, ihre Habitate und Zuggebiete wollen wir besonders schützen. Hierfür sind  
843 internationale Arten- und Naturschutzabkommen konsequent umzusetzen. Wir wollen  
illegalen  
844 Wildtierhandel in Europa bekämpfen und den Import von Wildtieren und -pflanzen in  
die EU  
845 besser regulieren. So wollen wir die Instrumente internationaler  
Artenschutzabkommen (z. B.  
846 CITES) stärken und zielgerichteter sowie schneller anwenden. Für Arten, die selbst in  
847 zoologischen Gärten nicht art- und anspruchsgemäß gehalten werden können, wollen

wir den  
848 Import beenden, internationale Arterhaltungs- und Zuchtprogramme jedoch ermöglichen.  
849 Fischbestände schützen  
850 Wir machen uns stark für eine nachhaltige EU-Fischereipolitik und für ein Netzwerk von  
gut  
851 überwachten Meeresschutzgebieten in ganz Europa. Unsere Meere müssen geschützt  
und die  
852 Überfischung muss gestoppt werden. Nur die nachhaltige Bewirtschaftung von  
Fischbeständen  
853 gibt der Fischerei eine Zukunft. Um der katastrophalen Plünderung der Meere und der  
854 Fischbestände Einhalt zu gebieten, reichen kosmetische Korrekturen der EU-  
Fischereipolitik  
855 nicht aus. Fangquoten müssen verbindlich an wissenschaftlichen Kriterien ausgerichtet  
856 werden, statt rein politisch festgelegt zu werden. Wir wollen die schädlichen Fischerei-  
857 Subventionen beenden und fordern wirksame, lückenlose Fischereikontrollen sowie  
scharfe  
858 Sanktionen beispielsweise bei Verstößen gegen die Anlandepflicht für Beifang. Die  
859 Tiefseefischerei und besonders umweltschädliche Fangmethoden wollen wir gänzlich  
verboten.  
860 Ein Leerfischen der Meere für unseren Konsum lehnen wir ab. Wir wollen Alternativen  
zur  
861 Stellnetz- und Schleppnetzfisherei voran bringen, um die Umwelt- und  
Tierschutzschäden zu  
862 minimieren. Diese können ökologische Aquakulturen sein, technische Verbesserungen,  
die  
863 Beifänge minimieren oder alternative Fangmethoden. Funktionierende Alternativen  
wollen wir  
864 zum europäischen Standard erklären.  
865 Wer GRÜN wählt, stimmt für  
866 • ambitionierten Tierschutz von der Landwirtschaft bis zu Heimtieren,  
867 • eine Ausstiegsstrategie für das Ende von Tierversuchen,  
868 • eine EU-Fischereipolitik, die unsere Fischbestände erhält.

## 869 **1.7 Europa vom Plastikmüll befreien**

870 Unser Ziel ist ein Europa ohne Plastikmüll, mit sauberen Meeren, einem reichhaltigen  
871 Fischbestand und einer Natur ohne Müll. Die Realität sieht bedrückend anders aus: In  
den  
872 Ozeanen schwimmen Plastikmüllteppiche von der Größe Mitteleuropas. Auch unsere  
Flüsse und  
873 Böden leiden unter der zunehmenden Vermüllung. Wenn wir jetzt nicht radikal  
umsteuern, wird  
874 es 2050 mehr Plastik als Fische im Meer geben. Inzwischen findet sich Mikroplastik  
sogar in  
875 der Arktis und im Gletschereis – obwohl dort nahezu keine Menschen leben.

876 Ein erster Schritt dagegen ist ein Verbot von Mikroplastik in Kosmetika, Körper- und  
877 Pflegeprodukten. Denn Mikroplastik schadet nicht nur den Fischen, sondern kann  
878 möglicherweise auch für unsere Gesundheit schädlich sein. Mikroplastik wurde schon  
in Salz,

879 Bier und Mineralwasser nachgewiesen. Welche giftigen Plastikzusätze wir dadurch zu  
uns

880 nehmen, weiß bisher niemand genau. Auch für das Klima ist Mikroplastik schlecht.  
Denn durch

881 den Zerfall in immer kleinere Partikel wird Methan freigesetzt – das wiederum zur  
Erhitzung

882 unserer Erde beiträgt.

883 Plastikflut eindämmen

884 Das Importverbot für Plastikmüll, das China Anfang 2018 verhängt hat, beweist, welch  
885 riesiges Problem wir haben. Allein aus Europa importierte China rund 1,5 Millionen  
Tonnen

886 Plastikmüll pro Jahr. Seither müssen die Mitgliedstaaten ihre Müllberge selbst in die  
Hand

887 nehmen.

888 Um die zunehmende Plastikflut einzudämmen, brauchen wir anspruchsvolle  
Minderungsziele für

889 Plastikabfälle und höhere Recyclingquoten. Bis 2030 müssen wir unseren  
Verpackungsabfall in

890 der EU um 50 % reduzieren. Außerdem darf es nicht sein, dass Plastikmüll weiterhin  
deponiert

891 wird. Das wollen wir ändern. Ab 2030 müssen alle in der EU in den Verkehr gebrachten

892 Kunststoffprodukte wiederverwendbar oder komplett abbaubar sein oder  
kosteneffizient

893 recycelt werden können.

894 Plastik ist nicht per se schlecht. Für viele Einsatzgebiete, etwa in der Medizin, ist  
895 Plastik ein wichtiger und sinnvoller Werkstoff. Problematisch ist die zunehmende  
Verwendung

896 von Plastik für Einweg- und Wegwerfprodukte. Denn als langlebiges Produkt darf  
Plastik nicht

897 in erster Linie für wenige Minuten verwendet werden, wie das beispielsweise bei  
Trinkhalmen

898 der Fall ist. Da, wo es Alternativen gibt, müssen sie auch genutzt werden.

899 Die Europäische Kommission hat dieses Problem in ihrer Plastikstrategie aufgegriffen  
und

900 unter anderem ein Verbot von Wegwerfprodukten aus Plastik wie Wattestäbchen,  
Plastikgeschirr

901 und auch Trinkhalmen angestoßen. Das ist ein guter Ansatz, bislang sind die  
Überlegungen der

902 Europäischen Kommission hierzu jedoch nur sehr vage ausgeführt. Wir Grüne setzen  
uns dafür

903 ein, dass die Verbotsliste um leichte Plastiktüten wie auch um Produkte aus der  
Industrie

904 und der Baubranche ergänzt und dann konsequent und möglichst zeitnah umgesetzt



wird. Auch  
905 reicht ein solches Verbot noch nicht, um den Massen an Einwegplastik umfangreich  
Einhalt zu  
906 gebieten.

907 Zudem braucht es eine EU-weite Plastiksteuer auf Wegwerfprodukte. Eine solche  
Abgabe bietet  
908 den Anreiz, Verpackungsmüll zu reduzieren, indem die Rohstoffe verteuert werden.  
Zugleich  
909 kann dadurch der Anteil von recyceltem Plastik gesteigert werden. Erdöl und Erdgas  
zur  
910 Produktion von Kunststoffen dürfen nicht subventioniert werden. Die Besteuerung von  
Plastik  
911 muss in eine umfassende und ambitionierte Strategie zur Einsparung und Vermeidung  
von  
912 Plastik, zur Steigerung des Mehrweganteils und für besseres Produktdesign  
eingebettet  
913 werden. Dazu gehört auch, die Forschung und Entwicklung von alternativen  
Materialien  
914 auszubauen.

915 Recycling stärken

916 Wir wollen das Recycling von Plastik stärken. Auch hier bietet die Plastikstrategie der  
EU-  
917 Kommission einen guten Ansatz, der jedoch erweitert werden sollte. Die  
Recyclingkapazitäten  
918 in der EU müssen massiv ausgebaut werden. Dazu brauchen wir ein ökologisches und  
919 recyclingfreundliches Produktdesign. Die Verpackungsindustrie muss hierzu ihren  
Beitrag  
920 leisten. Denn immer mehr Verpackungen setzen sich aus vielen unterschiedlichen  
Materialien  
921 zusammen – was die Recyclingfähigkeit einschränkt.

922 Getränkeflaschen sind ein Alltagsprodukt aus Plastik. Doch während wir in  
Deutschland ein  
923 funktionierendes Mehrwegsystem haben, besteht auf EU-Ebene noch  
Handlungsbedarf. Qualitativ  
924 hochwertige Plastikflaschen können rund 40 Mal wieder befüllt werden. Das ist  
wesentlich  
925 ökologischer als Einmalflaschen, die direkt in den Müll wandern. Unser Ziel ist eine  
926 Mehrwegquote in der EU. Deutschland, Österreich und Portugal sind hier schon sehr  
viel  
927 weiter als andere Mitgliedstaaten. Daher muss eine solche Quote zunächst gestaffelt  
928 aufgebaut werden, um allen die gleichen Chancen zu geben. Für  
Einweggetränkeflaschen  
929 brauchen wir ein EU-weit einheitliches Pfandsystem. Denn gerade diese  
Wegwerfprodukte  
930 vermüllen unsere Landschaften, Strände und Meere.

931 Mit einer ambitionierten Strategie für ein plastikmüllfreies Europa können wir Vorbild  
sein.  
932 Die Europäische Union muss sich aber auch für eine internationale Plastikkonvention

unter

933 dem Dach der Vereinten Nationen einsetzen. Schließlich kennt Plastikmüll keine  
Grenzen.

934 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 935 • ein Verbot von Mikroplastik in Kosmetika, Körper- und Pflegeprodukten,
- 936 • eine europäische Plastiksteuer,
- 937 • verbindliche Mehrwegquoten,
- 938 • ein EU-weit einheitliches Pfandsystem für Einweggetränkeflaschen.